Telephon-Stellen
II Amt, 533 Amt. Dresden.

Expedition permanent geöffnet Tag und Nacht. Sprechstunden: Montag, 12 bis Nachmitt. 3 Uhr, Sonntags bis 12 Mitt. Die Redaktion: Sprechstunden: 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachm. Die 1spaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg., für Dresden oder nach Dresden 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Reklamen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Ausführliche Inseratenaufträge gegen Frankoeinsendung durch Briefmarken od. Vorausbezahlung. Inserate nehmen sämmtliche renommirte Annoncen-Expeditionen an. Für Rückgabe einges. Manuscripte keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Ed. Pachtmann
K. S. Hoflieferant
7 Pragerstrasse 7.
Altrenommirtes
Fabrikgeschäft
feiner Leder- und Bronce-Galanterie-Waaren.
Grösste Auswahl von
Gesangbücher.
Filiale und Fabrik
Gr. Plauenschestr. 30.
Hauptgeschäft seit 1870 nur
Pragerstrasse 7.

A. E. SIMON Los Postres,
garantirt rein Havana Londres, von feinem Geschmack und Aroma, pikante Qualität, pro Mille 100 Mk., pro St. 10 Pfg., empfiehlt
A. E. Simon, Pillnitzerstr., Ecke Circusstr.

Neuheiten in schwarzen und farbigen
Shlipsen u. Cravatten, sowie Shlipsnadeln,
Hosenträger in gutem Gurt und Gummiband mit soliden und praktischen Ledergarnituren,
Manschetten-, Kragen- und Chemisettenknöpfen,
Papierwäsche empfehlen
J. Bargon Söhne, Dresden,
Wilsdrufferstr. 21b. u. Sophienstr. 6 am Postplatz.

Richard Zschunke,
Dresden-A., Taschenberg 2.
Fabrik von
Korbwaaren und Strohtaschen
in den einfachsten bis zu den hochfeinsten Artikeln.

Dresdener Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstr. 1—3.

Nr. 100. 31. Jahrgang. Auflage: 42,000 Expl.

Witterungsaussichten für den 10. April: Südwestwind von mittlerer Stärke bei durchschnittlich mittlerer Bewölkung, ohne wesentl. Niederschläge. Temperatur wenig verändert. Charakter der Witterung im Laufe des Tages wechselnd.

Dresden, 1886. Sonnabend, 10. April.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bieren in Dresden.

Programmgemäß wickelt sich der letzte Theil der Reichstagsarbeiten vor der demnächstigen Vertagung ab. Nachdem vorgestern eine Gleichstellung der Pensionssätze zwischen den Offizieren und Reichscivilbeamten erzielt und damit zugleich den Offizieren nachträglich die den unteren Chargen schon 1871 verschaffte Erhöhung der Pensionen gewährt worden, nachdem gestern das Unfallversicherungsgesetz betreffs der ländlichen Arbeiter unter Dach und Fach gebracht ist, wird's kein Haltens mehr unter den Abgeordneten des Reichstags geben. Die preußischen Landtagsarbeiten sitzen noch bis in die Mitte nächster Woche hinein. In den letzten Tagen beschäftigte sich das preuß. Abgeordnetenhaus wesentlich mit den Polenvorlagen. Sie wurden bis auf eine Ausnahme sämmtlich und zwar ziemlich unverändert nach dem Regierungsvorschlage angenommen. Das Herrenhaus wird die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses unzweifelhaft bestätigen. Das wichtigste Gesetz ist dasjenige, das ein Kapital von 100 Mill. Mark zur Ansiedelung deutscher Bauern in Preußisch-Polen anweist. Nur ganz selten ist ein Gesetzvorschlag von so großer politischer, wirthschaftlicher und finanzieller Tragweite so schnell und glatt durchgesetzt worden. Wer vor einem halben Jahre geäußert hätte: Preußen wird 100 Mill. Mk. locker machen, um in seinen Ostprovinzen den polnischen Adel auszukaufen, die großen Rittergüter zu zerschlagen und deutsche Bauerdörfer anzupflanzen, den hätte man einfach als Schwärmer ausgelacht. In der Thronrede des 15. Jan. fanden sich die ersten Andeutungen des Plans, am 10. Febr. wurde die 100 Millionen-Forderung eingebracht und am 7. April schon von der Volksvertretung bewilligt. An Einwänden hat es natürlich nicht gefehlt. Die Polen, gegen deren nationale Agitation das Gesetz seine Spitze kehrt, bäumten sich erregt gegen die Maßregel auf; an ihrer Seite kämpfte aus falschverstandenen religiösen Gründen das Centrum; daß die Deutschfreisinnigen, so laut sie auch sonst ihre gutdeutsche Gesinnung betheuern, die Regierungsvorlage verwarfen, schon weil es eine Regierungsvorlage ist, bedarf nicht besonderer Hervorhebung. Aber auch auf Seite der Konservativen und der Nationalliberalen vermochte man nicht große Bedenken zu unterdrücken. Man fand die 100 Mill.-Forderung sachlich ungenügend begründet. Im Vertrauen jedoch auf den Fürsten Reichskanzler hieß man diese Einwände schweigen. Die Ueberzeugung setzte sich fest, daß Fürst Bismarck bei seinen Polenvorlagen außer den mitgetheilten noch andere und zwar ganz besondere Gründe habe, die er der Oeffentlichkeit nicht unterbreiten könne. Die große Politik, meint man, spiele da mit hinein, also das Verhältniß Deutschlands zum Auslande. Berlin, die Hauptstadt des deutschen Reichs, sei von Rußland nur durch einen verhältnißmäßig schmalen Landstrich getrennt, auf dem das polnische Element immer näher sich heranwälze. Andere wollen wissen, daß der Hauptzweck bei den Gutsankäufen und ihrer Zerschlagung ein erster Versuch landwirthschaftlicher Sozialpolitik im großen Style sei; die Ansiedelung von Bauern sei der Kern, und die gegen die Polonisirungsgefahr gerichtete Tendenz sei später erst hinzugekommen, aber in den Vordergrund gestellt worden, um die Zustimmung des Landtags zu ermöglichen, die ohne diese nationale Dekoration nicht zu haben gewesen wäre. Wie viel daran Wahres, welche Lesart die richtige, läßt die Frankf. Ztg. dahingestellt; fest steht nur, daß ein so weittragendes Gesetz wie die 100 Mill.-Forderung nicht so leicht eine Mehrheit von Abgeordneten gefunden hätte, wenn diese nicht an das Vorhandensein noch anderer, als der offen erklärten Gründe geglaubt hätten. Auch der konservative „Reichsbote" erblickt in der Ansiedelung von Bauern auf ausgedehnten Großgrundflächen ein hoffnungsvolles Unternehmen, das Nachahmung finden solle. Das Verpachten großer, schlecht bewirthschafteter Güter an 20—30 fleißige Bauern, die zu Wohlstand kommen können, die Schaffung sog. Rentengüter eröffnet die Aussicht auf eine soziale Reform der Landwirthschaft im besten Sinne. Wenn man dem tüchtigen Bauernsohn, Tagelöhner oder Knechte es ermöglicht, durch Fleiß sich wirthschaftliche Selbstständigkeit und Wohlstand zu schaffen, so führt man dem Bauernstande eine für das Staatsganze sehr heilsame Kräftigung zu. Schlägt der jetzt in Preußisch-Polen unternommene Vorgang gut aus und findet er bei den großen Rittergütern in Pommern, Brandenburg, Mecklenburg, Schlesien u. s. w. Nachahmung, so bedarf es weder eines Branntweinmonopols noch Wollzolls, noch anderer Begünstigungen des Großgrundbesitzes, um ihm wieder aufzuhelfen.

Fürst Alexander von Bulgarien beugt sich dem Machtgebote Gesammt-Europas. Er erkennt das in Konstantinopel unterzeichnete Dokument an, das er als einen Machtspruch Europas bezeichnet. Diese Wendung rechtfertigt ihn vor den Augen seines Volks; die russischen Ausstreuungen, die ihn vor den Bulgaren der schwächlichen Nachgiebigkeit verdächtigen sollten, kann er jetzt ruhig mit ansehen. Um ja keinen Zweifel an dieser Sachlage aufkommen zu lassen, wahrt sich Fürst Alexander seine Rechte auch gegen den § 1 des Abkommens, der die Dauer seines Amtes als Generalgouverneur von Ostrumelien auf 5 Jahre beschränkt. Um aber ganz sicher zu gehen, wird er binnen Kurzem die Sobranje (den bulgarischen Reichstag) einberufen, die sein Vorgehen billigen soll. Stimmt ihm die Volksvertretung zu, so findet die russische Anklage, daß Fürst Alexander die Interessen Bulgariens verrathen habe, keinen Glauben mehr. Diese Art des Vorgehens beweist auf's Neue, daß der deutsche Prinz auf jenem Slaventhrone nicht blos ein tapferer, siegreicher Degen, sondern ein vorzüglicher Diplomat ist.

Der Donnerstag wird in der Geschichte des Britenreichs für immer ein denkwürdiger Tag sein. An ihm brachte der Leiter der Politik Großbritanniens seine vielbesprochene irische Vorlage ein. So viel Widersprechendes darüber auch verbreitet worden ist, so weiß man doch, daß Gladstone wesentliche Aenderungen und Abschwächung daran vorzunehmen genöthigt war. Es hat sich um die irische Vorlage Gladstones ein förmlicher Sagenkreis gesponnen, umso gespannter ist man nun auf den wirklichen Inhalt seines Planes. Die Einbringung der Vorlage im Unterhause ist eine Haupt- und Staatsaktion ersten Ranges. Das Unterhaus selbst war überfüllt. Es ist bekannt, daß der Saal im Westminster Palais, in dem das Unterhaus tagt, viel zu klein ist. Er faßt höchstens 340 Personen. Das Unterhaus zählt aber 670 Mitglieder, ist also für ein vollbesetztes Haus nahezu um die Hälfte zu klein. Etwa 50 Mitglieder fehlen infolge Krankheit oder Geschäfte, auch sind einige Mandate erledigt. 100 weitere Abgeordnete können in den Seitengalerien den Verhandlungen des Hauses beiwohnen; wo aber für den Rest von 180 Platz zu schaffen ist, weiß Niemand zu sagen. Kurz nach 4 Uhr am Donnerstag Nachmittag wurde die Verhandlung mit dem üblichen Gebete eröffnet, um 5 Uhr sollte Gladstone seine große Rede beginnen, der man bereits vorher eine Dauer von 2 bis 2½ Stunden zuschreibt. Früh jedoch schon um 5½ Uhr fand sich das erste Parlamentsmitglied ein, eine Stunde später kamen die Anhänger Parnells und sicherten sich die besten Plätze. Dann strömten die Mitglieder ununterbrochen in's Haus, bereits Mittags, 4 Stunden vor der Eröffnung der Sitzung, war jeder Platz besetzt. Wer in dem Wettlaufe zu der großen Parlamentsvorstellung zu spät kam, mußte draußen bleiben. Von Gladstone wird gemeldet, daß er früh aufgestanden sei und sich guter Gesundheit und — Stimme erfreue. Auf seine Beredtsamkeit kommt freilich das Meiste an; der „große alte Mann" baut Alles auf den siegreichen Zauber seiner Rednergabe. Es wäre verkehrt, jetzt, wo der Telegraph gar bald die entscheidenden Meldungen bringen wird, über die Aussichten Gladstone's zu muthmaßen. Die ihm günstigste Lesart schreibt ihm eine Mehrheit von 25 Stimmen für seinen irischen Plan vor. Seine bisherigen treuesten Gehilfen, die Minister Chamberlain und Trevelyan haben ihn verlassen, weil sie es nicht mit ihrer Ueberzeugung als Engländer vereinbaren können, durch Selbstständigmachung Irlands den Anfang zur Abtragung des britischen Weltreichs zu machen, zumal dieses unpatriotische Unternehmen Gladstone's noch durch eine starke Belastung der englischen Steuerzahler zu Gunsten der allmählig aus dem Reichsverbande ausscheidenden Irländer erkauft werden müßte. Chamberlain und die Radikalen wollen Irland jede mit der Einheit des Reichs verträgliche Selbstregierung gewähren, aber kein eigenes Sonderparlament zu Dublin, noch viel weniger den Auskauf des irischen Grundbesitzes durch die Steuern des englischen Volks. Wie weit in dieser Richtung Gladstone selbst zu gehen entschlossen ist, wird sein Volk und die Welt jetzt erfahren. Ohne sich der Uebertreibung schuldig zu machen, kann man sagen, daß das britische Parlament noch niemals vor einer für die Einheit und die ganze Zukunft des Reichs folgenschwereren Entscheidung gestanden hat.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 9. April.

Berlin. Der Reichstag berieth in 2. Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Unzulässigkeit der Pfändung von Eisenbahnfahrbetriebsmitteln. Die Pfändung ausländischer Eisenbahnfahrbetriebsmittel soll dann unzulässig sein, wenn die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Abg. Schrader (freis.) bekämpfte im Interesse der Prioritätenbesitzer die Vorlage, für die kein Bedürfniß vorliege. — Abgg. Klemm (kons.), Spahn (Centrum) und Dr. Windthorst, sowie der bayrische Bundesbevollmächtigte Frhr. v. Lerchenfeld befürworteten dagegen die Vorlage im Interesse des Verkehrs. Das allgemeine Interesse müsse vor dem des Privat-Kapitalisten den Vorrang haben. Die Vorlage wurde angenommen. Dann wurde in die 3. Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter eingetreten. — Abg. Blos erklärte Namens der Sozialdemokraten, daß sie nach der Verschlechterung, welche der Entwurf in der Kommission erfahren, dagegen stimmen würden. Auf Antrag der Abgg. Buhl, v. Maltzahn und v. Frankenstein wurde beschlossen, daß die beiden Beisitzer der Schiedsgerichte, welche nach den Beschlüssen der 2. Lesung von den Gemeindevertretungen berufen werden sollten, seitens der Vorstände der Orts- und Betriebskrankenkassen aus den Arbeitern gewählt werden sollen. In der Gesammtabstimmung wurde schließlich das Gesetz gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. — Das Gesetz, betreffend den Anspruch des Statthalters von Elsaß-Lothringen auf Pension und Wartegeld wurde ebenfalls angenommen. Schließlich wurden Wahlprüfungen erledigt. Morgen 3. Lesungen der noch nicht definitiv erledigten Vorlagen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus trat bereits in die 1. Lesung des Offizierkommunalsteuergesetzes. Abg. Huene (Cent.) bekämpfte die Forderung der Freisinnigen nach einer reichsgesetzlichen Regelung der Sache. Die Kommunalsteuergesetzgebung sei Sache der Landesgesetzgebung. Er bemängelte die Betreiung des bei Nachsuchung des Heirathskoncenses erforderlichen außerdienstlichen Einkommens. — Abg. Dr. Langerhans (freis.) spricht gegen die Vorlage, die noch immer Ausnahmen zu Gunsten der Offiziere gegenüber den Beamten schaffe. — Abg. Cuny (nat.-lib.) befürwortete beschleunigte Erledigung der Vorlage, da mit derselben das Schicksal zweier anderer dringender Vorlagen im Reichstage abhänge. — Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf führte aus, daß die Stellung der Offiziere zum Staate eine andere sei, als zur Kommune, an deren Einrichtungen sie wenig partizipiren. — Abg. Händel (freis.) ist gegen diese Ausführung unter Berufung auf Aeußerungen von Offizieren. — Der Kriegsminister erwiederte, die Offiziere hätten keine Politik zu treiben. Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Montag: Interpellationen, betreffend die Weichselüberschwemmungen und Regierungsmaßregeln bezüglich der Lage der Landwirthschaft.

Berlin. Die Note des Kardinals Jacobini ist bei der Regierung eingetroffen. Die Note stellt bezüglich der Anzeigepflicht Konzessionen in Aussicht, sodaß doch noch ein Ausgleich des kirchenpolitischen Streites möglich scheint. — Der heutige Ministerrath beschäftigte sich dem Vernehmen nach mit der Feststellung der Branntweinsteuervorlage. Das Befinden des Staatssekretär v. Burchard, der mit der Ausarbeitung der Vorlage betraut ist, hat sich soweit gebessert, daß derselbe das Bett verlassen konnte. — Dem Abgeordnetenhaus ging ein Nachtragsetat von ca. 2¾ Millionen zu, für Förderung des Schulwesens, namentlich des Elementarschulunterrichtes. Die Abgeordnetenkomission für die Vorlage, betreffend die Lehreranstellungen in Posen 2c. nahm das Gesetz mit einigen Abänderungen, welche Beseitigung der verfassungsmäßigen Bedenken bezwecken, gegen die Stimmen des Centrums, der Polen und Freisinnigen an. — Im Anschluß an die Mittheilung, daß die Königin von Sachsen am 6. April mit den Prinzessinnen in Venedig angekommen sei, wird der „Nationalzeitung" gemeldet, daß in Venedig keine Cholerafälle vorgekommen sind.

Berlin. Wie die „Kreuzzeitung" aus sicherer Quelle erfährt, hat sich die Kurie neuerdings bereit erklärt, die Anzeigepflicht rückhaltlos zu bewilligen, nachdem Fürst Bismarck erklärt, daß ohne eine solche Konzession die Kirchenvorlage von dem Landtage abgelehnt würde. Die Kurie setzte dabei voraus, daß die Regierung eine Erklärung abgeben werde, daß sie demnächst eine Revision der maigesetzlichen Anzeigepflicht dem Landtage vorzuschlagen bereit sein werde. Da die Regierung hierzu bereit, erscheint die Annahme der Vorlage und die Herstellung des Friedens gesichert.

München. Die Kammer nahm den Antrag Soden an, betreffend die staatliche Mobiliarversicherung, mit 73 gegen 59 Stimmen. Der Minister des Innern hatte sich wiederholt dagegen ausgesprochen. Bei der Berathung des Staatsbahnbaues Reichenhall-Berchtesgaden, wozu Rittler ein detaillirtes Bahnbauprojekt einbrachte, traf ein Telegramm des Königs ein, welches den Minister beauftragt, der Bitte des gesammten Landtags entsprechend, womöglich noch dem gegenwärtigen Landtage ein Staatsbahnbaugesetz vorzulegen. Das Haus ging deshalb über den Antrag Rittler zur Tagesordnung über.

Rom. Die Munizipalität in Padua macht bekannt, daß gestern dort in dem Infanterieregimente 5 Cholerafälle vorgekommen seien.

Berliner Börse. Das Interesse für die Spekulation concentrirte sich auf Banken und Renten, welche wenigstens Anfangs eine verhältnißmäßig feste Tendenz bewahrten, während Eisenbahnaktien auf dem Markt matt lagen. Später veranlaßten ausgedehnte Verkäufe eines großen Spekulanten auf allen Gebieten neue Kursrückgänge. Dieselben erstreckten sich gleichmäßig auf Banken, Transportwerthe und Bergwerke, während fremde Fonds dauernd fest waren. Im Kassaverkehre waren Bahnen matt, Banken wenig verändert, Bergwerke und Industrien sehr still, österreichische Prioritäten fest. Privatdiskont 1¾ Proz.

Frankfurt a. M., 9. April. Credit 239⅝. Staatsbahn 201½. Lombarden 96⅝. Galizier —. Egypter 69,20. 4proc. Ungar. Goldrente —,—. Gotthardbahn —,—. Disconto 219⅝. Dresdner Bank —. Still. Bahnen matt.

Wien, 9. April. Credit 295,80. Staatsbahn 249,75. Lombarden 120,25. Nordwestb. 169,25. Marknoten 61,70. Ung. Credit 298,50. Bahnen schwach

Paris, 9. April. Schluß. Rente 81,00. Anleihe 109,50. Italiener 97,60. Staatsbahn 503,75. Lombarden 258,75. do. Prioritäten —,—. Spanier 57½. Oest. Goldrente —. Egypter 351,00. Ottomanen 521,00. Fest.

London, 9. April, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 100⅝. 1873er Russen 99½. Italiener 96⅞. Lombarden 10½. Konv. Türken 14½. 4proc. fundirte Amerikaner 128½. 4proc. Ungar. Goldrente 83½. Oesterr. Goldrente 90½. Preuß. Consols 104. Egypter 69½. Neue Egypter 98. Ottomanbank 10 9/16. Suez-Actien 84½. — Stimmung: Fest. — Wetter: Veränderlich.

Breslau, 9. April, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. April-Mai 32,50, pr. Juni-Juli 34,50, pr. August-Septbr. 36,40. Roggen pr. April-Mai 172,50, pr. Juni-Juli 136,50, pr. Sept.-October 140,00. Rüböl loco pr. April-Mai 44,50. Zink unverändert. — Wetter: Schön.

Stettin, 9. April Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen still, loco 145—157, pr. April-Mai 158,00, pr. Sept.-Octbr. 164,50. Roggen behauptet, loco 125—131, pr. April-Mai 133,00, pr. September-October 137,00. Rüböl unverändert, pr. April-Mai 44,00, pr. September-October —. Spiritus —, loco 33,50, pr. April-Mai 34,50, pr. Juni-Juli 36,00, pr. August-Sept. 37,60. Petroleum loco versteuert Usance 1½ Proc. Tara 12,00.

Amsterdam (Produkten), 9. April. (Schluß.) Weizen per Mai —, per November 218, behauptet. Roggen per Mai 132, per Oktober 137, fest.

London, 9. April. (Schluß.) Getreide ruhig. Englischer Weizen, Mais eher billiger, fremder Weizen fest. — Wetter: Veränderlich.

Lokales und Sächsisches.

— Seine Majestät der König kam gestern Mittag nach dem Kgl. Residenzschloß und nahm daselbst Vorträge der Herren Staatsminister entgegen.

— Am Dienstag Abend sind Ihre Maj. die Königin, unter dem Namen „Gräfin von Plauen" und II. KK. HH. die Prinzessinnen Mathilde und Maria Josepha von Bozen kommend, in Venedig eingetroffen und im Hotel „Italie" abgestiegen.

— Unter sehr zahlreicher Theilnahme, namentlich seitens militärischer Kreise, fand gestern Mittag ½1 Uhr die Beerdigung des bisherigen Kommandeurs des hiesigen Pionier-Bataillons Herrn Oberstleutnant Friedrich von der Parentationshalle des inneren Neustädter Friedhofs aus statt. Im Auftrage Sr. Maj. des Königs war Major v. Marlorne, von Generälen Stadtkommandant Generallieutnant Exc. v. Funcke und Generalmajor von Schweingel, ferner eine überaus große Anzahl von Stabsoffizieren und Hauptleuten aller Truppengattungen und schließlich von jedem Bataillon bez. jeder Abtheilung der Garnison eine Deputation von 3 Subalternoffizieren erschienen. Am vollzähligsten war natürlich das Offizierkorps des Pionier-Bataillons vertreten; selbst die nach Berlin kommandirten Mitglieder desselben und zahlreiche Reserveoffiziere waren herbeigeeilt, um ihren hochverehrten Vorgesetzten zur letzten Ruhestätte zu geleiten. 200 Pioniere bildeten unter Herrn Hauptmann Schubert die Leichenparade, während ein weiterer großer Theil der Mannschaft des Bataillons als Leidtragende folgte. Eine große Zahl herrlicher Blumengebinde, unter denen sich 6 mächtige Fächerpalmen — vom Offiziers- und Unteroffizierskorps des Bataillons — befanden, war um den in der Todtenhalle aufgebahrten Sarg gruppirt. Nachdem hier Herr Pastor Dr. Sulze als Diener der Kirche gesprochen, setzte sich der lange Trauerzug unter den wehmüthigen Klängen des Chopin'schen Trauermarsches nach der Grabstätte in Bewegung. Als der Sarg in das Grab hinabgelassen war, ertönten in gemessenen Absätzen, während welcher die Bataillons-Kapelle den Präsentirmarsch spielte, drei weithintönende Gewehrsalven, und dann trat Herr Oberst Vollborn an das offene Grab, um ein Lebensbild des verschiedenen Kameraden zu entwerfen und ihm Namens der Truppe tiefempfundene Abschieds- und Dankesworte nachzurufen. Mit dem Choral „Es ist bestimmt in Gottes Rath" fand der ernste Akt seinen Abschluß.

— In einer Notiz des „Berl. Tgbl.", nach welcher der sächs. Justizminister gegen sämmtliche sächsische Blätter, welche über den Sarauw'schen Hochverrathsprozeß berichtet haben, ein Untersuchungsverfahren habe einleiten lassen, bemerkt das „Dresd. Journ.": Von dieser Mittheilung ist nur so viel richtig, daß von sächs. Staatsanwaltschaften gegen mehrere sächs. Zeitungen, welche durch Veröffentlichungen über den fraglichen Prozeß die Vorschrift in § 17 des Preßgesetzes verletzt haben, Strafverfahren eingeleitet worden sind. Dies ist aber nicht auf Anordnung des Justizministers, sondern aus Anlaß von Mittheilungen geschehen, welche den Staatsanwaltschaften von der Reichsanwaltschaft zugegangen sind.

— Synodalwahlen. In Grimma wurde gewählt Superintendent Dr. Großmann, in Glauchau: Superintendent Weidauer, in Oelsnitz: Superintendent Schelle, Bürgermeister Hetzschel-Treuen und Amtshauptmann Dr. Haberkorn, in Annaberg: Amtshauptmann v. Mayer-Annaberg und Fabrikant Oskar Braun-Buchholz, in Leisnig: Pastor Kießhauer-Waldheim und Lehngutsbesitzer Dehne-Gräfendorf, in Zittau: Anstaltsdirektor Köhler-Großhennersdorf, in Pirna: Rittergutsbesitzer Pfau-Gesenstein, in Borna: Pastor Kittan-Prießnitz und Bürgermeister Lobeck-Pegau, in Schneeberg: Superintendent Roth.

— Die von der Maurer- und Zimmerer-Lohnkommission vorgestern Abend in der Centralhalle einberufene Versammlung der Maurer und Zimmerer Dresdens war von mindestens 1500 Personen besucht. Im Vordergrund der dreistündigen Debatte stand — dies kann man nach den Ausführungen verschiedener „Redner" behaupten — der Grundsatz: „Jeder ist sich selbst der Nächste!" und hiernach schwand die Aussicht auf eine Wieder-

Remke & Scheffler, Pragerstr. 47.
Magazin feiner Wäsche u. Modewaaren für Herren.